

Briefing zur

Bundestagswahl in Deutschland

26. September 2021

Sebastian Schäffer
IDM Geschäftsführer

76,2%

Wahlbeteiligung bei der
Bundestagswahl 2017

53

Parteien (5%-Hürde bzw. 3
Direktmandate)

598

Sitze im Bundestag (exklusive
Überhang- und
Ausgleichsmandate)

Einführung

Am 26. September 2021 findet die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag statt. Sie stellt in mehreren Aspekten eine Besonderheit dar: Die Kanzlerinnenschaft Angela Merkels endet nach 16 Jahren und es ist die erste Wahl in der Geschichte der Bundesrepublik, bei der ein/e Amtsinhaber:in nicht zur Wiederwahl antritt. 87 Parteien und politische Vereinigungen (2017: 63) haben ihre Teilnahme angezeigt, 44 wurden durch den Bundeswahlausschuss zugelassen (2017: 40). Mit den neun Parteien, die seit deren letzter Wahl ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten im Bundestag und/oder einem Landtag vertreten waren und deshalb keine Zulassung beantragen mussten, treten 53 Parteien (2017: 48) zur Wahl an.

Wahlrecht

Für den Einzug in den Bundestag benötigt eine Partei mindestens 5% der Zweitstimmen oder drei Direktmandate. Es gibt Ausnahmen für den Südschleswigscher Wählerverband (SSW), der die Interessen der dänischen Minderheit wahrnimmt und nur in Schleswig-Holstein antritt. Erstmals seit 1961 tritt der SSW bei einer Bundestagswahl an und ist von der Sperrklausel ausgenommen. Parteien können, müssen aber nicht in allen 16 Bundesländern antreten.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) stellt sich zum Beispiel nicht in Bayern zur Wahl, die Christlich Soziale Union (CSU) dafür ausschließlich dort. Im Bundestag bilden beide Parteien eine Fraktionsgemeinschaft. Die Grünen erhielten im Saarland letztendlich wegen Verfahrensfehler bei der Aufstellung keine Zulassung. Auch andere Kleinstparteien treten nicht in allen Bundesländern an. Dem Bundeswahlleiter zufolge werden von den voraussichtlich knapp 60,4 Millionen Wahlberechtigten rund 2,8 Millionen zum ersten Mal ihre Stimme abgeben. Das aktive und passive Wahlrecht beginnt ab 18 Jahren.

Überhang- und Ausgleichsmandate

Der Deutsche Bundestag setzt sich aus 299 Wahlkreismandaten und ebenso vielen Listenmandaten zusammen. Mit der Erststimme werden die Kandidat:innen in den jeweiligen Wahlkreisen direkt mit einfacher Mehrheit gewählt. Die Zweitstimme bestimmt wie viele Sitze prozentual an die jeweiligen Parteien insgesamt entfallen. Eigentlich wären somit 598 Sitze zu vergeben.

Aufgrund des gemischten Wahlsystems können aber sogenannte Überhangmandate entstehen, die durch Ausgleichsmandate für die übrigen Parteien kompensiert werden. Überhangmandate entfallen auf Parteien, die in einem Bundesland mehr Erststimmen erreicht haben als ihnen durch das Zweitstimmenergebnis zustehen würde. Dieser Trend hat sich in den vergangenen Jahren verstärkt.

Da für das Erreichen eines Wahlkreismandats die einfache Mehrheit ausreicht, gewinnen dort traditionell die größeren Parteien CDU/CSU und Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD). Da der Anteil dieser Parteien am Zweitstimmenergebnis kontinuierlich zurückgeht, sind in der aktuellen Wahlperiode 709 Abgeordnete in den Bundestag eingezogen. Je nach Wahlergebnis sind nach Berechnungen einer Studie der Bertelsmann Stiftung, basierend auf Umfrageergebnissen aus dem Juli 2021[1] bis zu 940 Sitze möglich.

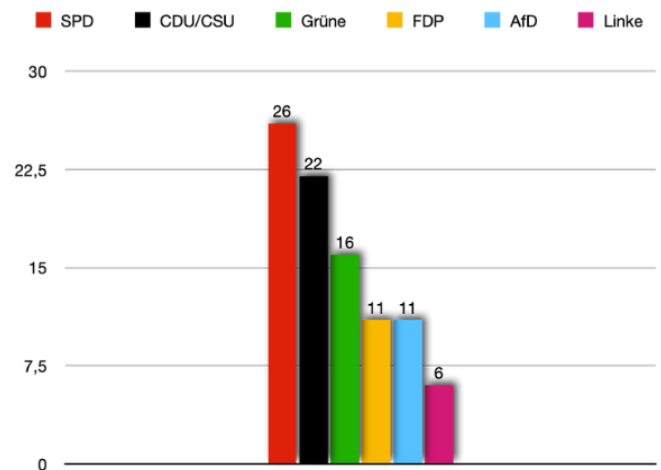
Eine Wahlrechtsreform war immer wieder Gegenstand von Debatten, nicht zuletzt aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts 2012. Letztendlich hatte man das Entstehen von Überhangmandaten nicht beseitigt, sondern lediglich dafür Ausgleichsmandate eingeführt, was zu einer zusätzlichen Vergrößerung des Bundestags beiträgt. Eine ernsthafte Anpassung des Wahlrechts wurde erneut auf die nächste Legislaturperiode verschoben.

Spitzenkandidat:innen

Der Ausgang der Wahl sowie auch die möglichen Regierungskoalitionen ist so offen bzw. so vielfältig wie kaum zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Im Mai 2021 lagen die Grünen kurzzeitig an der Spitze der Umfragen. Aufgrund von Plagiatsvorwürfen und weiteren Aufregern rund um die Spitzenkandidatin Annalena Baerbock konnte der Kanzlerkandidat der CDU, Armin Laschet, die Führung übernehmen. Gegen ihn wurden allerdings ebenfalls Vorwürfe geäußert, in seinen Publikationen die Quellen nicht ordentlich gekennzeichnet zu haben.

Zudem wurde sein Verhalten während der Flutkatastrophe u.a. in Nordrhein-Westfalen, wo Laschet Ministerpräsident ist, kritisiert, sodass in jüngsten Umfragen der momentane Finanzminister und Spitzenkandidat der SPD, Olaf Scholz, führt.

Aktuelle Umfrage



Quellen: Spiegel.de basierend auf Wahlrecht.de (Allensbach, Forsa, Forschungsgruppe Wahlen, GMS, INSA, IPSOS, Infratest dimap, Kantar, YouGov), Civey, eigene Berechnung

Koalitionsoptionen

Auf Grundlage dieser Umfragen ergeben sich vielfältige Koalitionsoptionen, wobei alle im Bundestag vertretenen Parteien eine Zusammenarbeit mit der Alternative für Deutschland (AfD) ausgeschlossen haben. Die CDU/CSU will zudem nicht mit der Linken koalieren und warnt im Endspurt vor einem „Linksrutsch“ in Deutschland durch ein Rot-Grün-Rotes Bündnis. Scholz hat eine solche Koalition nicht ausgeschlossen, die Standpunkte der Linken zur NATO-Mitgliedschaft sowie auch grundsätzliche Differenzen in der Außenpolitik machen eine Zusammenarbeit aber eher unwahrscheinlich. Eine entsprechende Kanzlermehrheit wäre jedoch aktuell vorhanden (wie auch schon 2005 und 2013). Scholz beabsichtigt eine Koalition mit den Grünen, wofür es zum jetzigen Zeitpunkt den Umfragen zufolge keiner Mehrheit gäbe.

Die einzige Konstellation unter Beteiligung von nur zwei Parteien, die gegenwärtig möglich wäre, ist die Neuauflage der Großen Koalition, die bereits in den vergangenen acht Jahre regiert hat – mit dem Unterschied, dass in diesem Fall die SPD die Führung übernehmen könnte. Eine Zweidrittelmehrheit im Parlament hätte die sogenannte Kenia-Koalition aus SPD-CDU/CSU-Grüne. Knapp dahinter eine Deutschlandkoalition aus SPD-CDU/CSU-Freie Demokratische Partei (FDP) (die Namen beziehen sich auf die Farben der jeweiligen Parteien, die dadurch eine Landesflagge abbilden). Eine „Ampel“ aus SPD-Grüne-FDP hätte ebenfalls noch eine komfortable Mehrheit. „Jamaika“, also eine Koalition unter der Führung von CDU/CSU gemeinsam mit den Grünen und der FDP, war bereits nach der letzten Bundestagswahl verhandelt worden, kam aber nicht zustande. Die aktuellen Umfragen sehen allerdings noch eine Mehrheit für diese Variante im Bundestag.

Unabhängig von der jeweiligen Kompatibilität der parteiprogrammatischen Inhalte ist es extrem schwierig, vorherzusehen, welche Koalition zukünftig die Regierung stellt und sogar ob einer der drei Kandidat:innen tatsächlich zum/zur Kanzler:in gewählt wird. Ein unwahrscheinliches, aber dennoch mögliches Szenario könnte so aussehen, dass aufgrund des schlechten Abschneidens der CDU diese zwar eine Koalition anführt, aber Markus Söder zum Kanzler gewählt wird. Der Vorsitzende der CSU hatte zugunsten von Laschet auf eine Kandidatur verzichtet. Das keine/r der Bewerber:innen gewählt wird, ist auf Bundesebene zwar bisher noch nie vorgekommen, es gab aber einige Fälle auf Landesebene, so unter anderem bei der Landtagswahl in Bayern 2008.

Selbstzentrierter Wahlkampf

Auffallend im Wahlkampf ist die teilweise mangelhaft zukunftsorientierte Programmatik insbesondere der aktuellen Regierungsparteien. Zwar werden durchaus Punkte im Wahlprogramm aufgeschrieben, in den Auftritten von Scholz und Laschet wird davon aber wenig kommuniziert.

Gerade der Spitzenkandidat der SPD scheint zu versuchen möglichst wenig in Auseinandersetzungen verwickelt zu werden, die guten Umfragewerte geben dieser Strategie Recht. Mit Baerbock versuchen die Grünen zwar mit ihren Kernthemen – insbesondere mit Klima-Themen – zu punkten, scheinen aber wie so oft in den vergangenen Wahlkämpfen letztendlich ihre gute Ausgangsposition zu verspielen.

Bei den einzelnen Debatten entsteht zudem der Eindruck, dass Deutschland eine abgeschottete Insel ist. Die Beziehungen zu den Nachbarstaaten – traditionell etwa zu Frankreich – werden kaum diskutiert. Mitteleuropa und auch Fragen der Erweiterung der EU erhalten praktisch keinen Platz im Diskurs. Selbst bei Europawahlen in Deutschland dominieren meistens innenpolitische Themen, eigentlich sollten aber nicht zuletzt aufgrund der eigenen Geschichte, aber auch der Rolle Deutschlands in der EU, konkrete Vorstellungen über die zukünftige Entwicklung der Europäischen Integration bei Bundestagswahlen diskutiert werden. Auch hierzu finden sich durchaus Vorschläge in den Wahlprogrammen der Parteien, eine Debatte darüber wird aber weder medial angestoßen, noch von der breiten Öffentlichkeit eingefordert.

Quellen und Referenzen

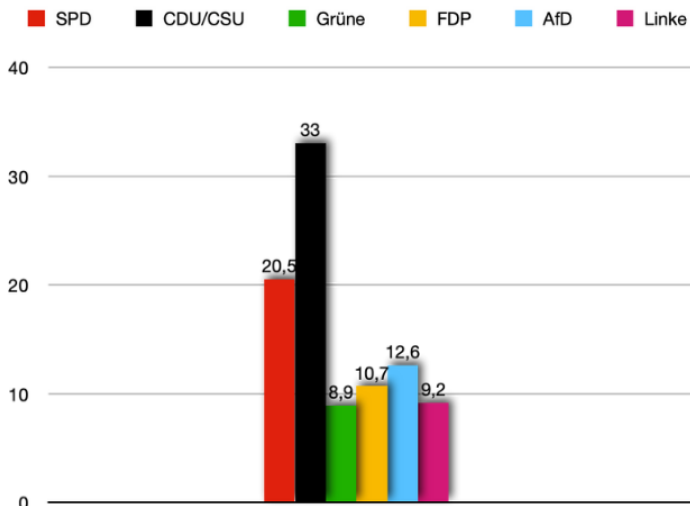
[1]

<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/mandaterechner-wie-gross-wird-der-bundestag-ausgabe-2-2021-all>

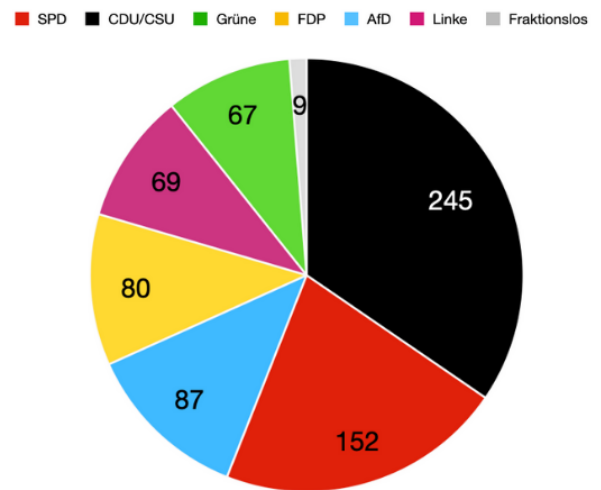
Die zur Wahl antretenden Parteien, ihre Spitzenkandidat:innen und politischen Ausrichtungen

Partei	Hauptkandidat:in	Politische Ideologie	Europäische Partei
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. (CSU)	Armin Laschet (Kanzlerkandidat CDU) Markus Söder (Spitzenkandidat CSU–Bayern)	Christdemokratisch, Konservativ, Pro-europäisch	EVP
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	Olaf Scholz	Sozialdemokratisch, Pro-europäisch	S&D
Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE)	Annalena Baerbock (Kanzlerkandidatin), Robert Habeck (Spitzenkandidat)	Linksliberal, Pro-europäisch	Greens/EFA
Freie Demokratische Partei (FDP)	Christian Lindner	(Wirtschafts-)Liberal, Pro-europäisch	Renew Europe
DIE LINKE	Dietmar Bartsch, Janine Wissler	Demokratischer Sozialismus	Left
Alternative für Deutschland (AfD)	Tino Chrupalla, Alice Weidel	Rechtspopulistisch, nationalkonservativ, EU-skeptisch	ID

Ergebnisse der Bundestagswahl 2017



Aktuelle Sitzverteilung im Bundestag



Im Rahmen einer Podiumsdiskussionsreihe analysiert das **Institut für den Donauraum und Mitteleuropa** Parlamentswahlen in den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas. Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Politischen Akademie der Österreichischen Volkspartei organisiert.